

# Volksstimme

Einzelpreis 6.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Einbau, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Pannschuch & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. Fernsprecher: Anrufkarte Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 130.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 125.00 Mark. — Anzeigengebühr: die 10spaltige Normalzeile 14.00 Mark, auswärts 18.00 Mark, für 10spaltige Zeile 50.00 Mark, auswärts 75.00 Mark. Vereinsabonnent 12.00 Mark. Anzeigenabonnent geht verl. an wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 250.

Magdeburg, Mittwoch den 25. Oktober 1922.

33. Jahrgang.

## Starke Gegensätze.

So wenig wie vom frühen Reif dieser kalten Oktobernächte wird das deutsche Volk überrascht sein dürfen, wenn morgen oder übermorgen eine Regierungskrise die bisherige Koalition beendet. Es mehren sich die Stimmen, die bezweifeln, ob die Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, auf deren Konto die Taten und Nichttaten der jetzigen Regierung gesetzt werden, tatsächlich noch besteht. Auf der einen Seite sind durch die Einigung die parlamentarischen Machtmittel der Sozialdemokratie gewachsen, auf der andern Seite ist durch den Zusammenschluß der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei in der sogenannten Arbeitsgemeinschaft der Einfluss der Deutschen Volkspartei auf die Regierungsgeschäfte so stark geworden wie der eines stillen, aber finanzkräftigen Teilhabers in einem privaten Unternehmen.

Die Deutsche Volkspartei hat auf die gegenwärtige Koalition so viel Einfluss, wie Demokraten und Zentrum bereit sind, die Ideen des stillen Koalitionsteilhabers zu vertreten. Der „Vorwärts“ schreibt, das Arbeitsfeld für die Sozialdemokratie sehe jetzt ganz anders aus wie vor einem halben Jahr und die Partei fühle, „daß sich die Widerstände, die sich gegen ihre Einflussnahme auf die Regierungsgeschäfte geltend machen, ganz außerordentlich verstreift haben“. Es wiederholt sich jene Verschiebung der parlamentarischen Kräfte, die nur ein Spiegelbild der Machtverhältnisse sind, die mit dem Einschwenken der ehemaligen Unabhängigen in die Reihen der Koalitionsparteien begann, mit dem Unterschiede, daß die Konzentration auf der linken aus der Notwendigkeit der Verteidigung entsprang, während die Bildung der Arbeitsgemeinschaft Angriffsabsichten zum Ausdruck bringt. Das politische Bild wird auch nur wenig verändert durch die Tatsache, daß sich in den Reihen der Demokraten und des Zentrums Widerstände gegen die Arbeitsgemeinschaft geltend machen.

Diese Verschiebung der politisch wirksamen Kräfte müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir politische Ziele aufstellen und Erwägungen anstellen, welche Mittel im Kampf um diese Ziele anzuwenden sind.

### Sichert die Ernährung!

Ein Ziel, das unberührbar von der Sozialdemokratie verfolgt werden muß und auch verfolgt wird, ist die Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes im kommenden Winter. Wie außerordentlich trostlos sich die Ernährungsverhältnisse infolge des Widerstandes vieler Landwirte entwickeln, zeigt folgendes Telegramm des Stadtrats von Zwickau an den sozialdemokratischen Abgeordneten Meier (Zwickau):

Die Kartoffelversorgung ist zum Teil infolge des schlechten Erntenergebnisses, zum Teil durch das zögernde Verhalten der Landwirte in diesem Jahre schlechter als in den ungünstigsten Kriegsjahren. Das andauernde Steigen des Dollars veranlaßt die Landwirte, bereits geerntete Kartoffeln zurückzubehalten, um höhere Preise zu erzielen. Erreichbare Angebote über 600 Mark ab Station. Zwangsmäßig nähmen des Reiches erscheinen nunmehr unbedingt erforderlich, wenn nicht der Bestand der gegenwärtigen Staatsordnung gefährdet sein soll. Der Stadtrat schlägt im einzelnen Zwangsmaßnahmen bei einem Preise von 500 Mark ab nächster Bahnstation vor.

Was der Stadtrat von Zwickau feststellt, wiederholt sich an tausend andern Orten und nicht nur in bezug auf Kartoffeln. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat denn auch dem Reichstag folgende Entschließung unterbreitet:

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der Tatsache, daß der Sturz der Mark zu einem vollkommenen Zusammenbruch der öffentlichen Brotversorgung zu führen droht, da die inländische Ablieferung weit hinter den gesetzlichen Anforderungen zurückbleibt, die Einfuhr von Getreide bei einem Dollarkurs von fast 4000 völlig unmöglich wird, ist die Sicherung des nackten Lebens der Bevölkerung oberste Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften. Das erfordert die reiflose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden. Jede Verzögerung dieser Maßnahmen ruft die Gefahr der Verfühlung an das Vieh und der Verarbeitung zu Spiritus herauf. Der Reichstag ersucht deshalb die Regierung, sofort einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen zur Sicherung der Volksernährung die vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel verfügt wird.

Aus dem Reichstagsbericht werden unsre Leser ersehen, daß im Reichstag bei der zweiten Lesung der Vorlage über den Preis des Umlagegetreides die gesamten bürgerlichen Parteien in geschlossener Front gegen die Sozialdemokraten standen und Preis ihre Zustimmung gaben, die den Preis für ein Brot auf 450 Mark hinauf-

treiben müssen. Es besteht keine Aussicht, daß die bürgerlichen Parteien in der dritten Lesung einsichtiger werden. Leider ist gerade in der Frage der Preise für das Umlagegetreide die Haltung der Arbeiterschaft keine einheitliche. Die Landarbeiter stehen in diesem Falle gegen die Arbeiterschaft der Städte.

Schlimmer als die Gefahr, daß für das Brot noch mehr Papierscheine als bisher gegeben werden müssen, ist die andre, daß eines Tages Brot für die Masse des Volkes überhaupt nicht zu beschaffen ist. Vor allem diese Gefahr zu bannen, ist der Sinn des oben wiedergegebenen Antrags der sozialdemokratischen Fraktion.

### Aktive Währungspolitik.

Die Lösung der Ernährungsfrage hängt aufs engste zusammen mit der Lösung des Problems einer Stabilisierung der Währung und eines festen Kurses in der Außenpolitik. Hier macht sich aber der Einfluss der industriellen Interessentenpolitik der Deutschen Volkspartei so deutlich bemerkbar, daß darüber die Koalition in die Brüche gehen muß, wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht bereit finden, den Vorschlägen der Sozialdemokratie gemäß zu handeln.

Der Reichskanzler hat am Montag mit den Parteiführern Besprechungen abgehalten, deren Gegenstand die Devisenordnung gewesen ist. Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, das Fehlschlagen dieser Maßnahme sei darauf zurückzuführen, daß es bei diesem ersten Anlauf geblieben ist, daß positive Maßnahmen, wie die Herausgabe eines wertbeständigen Goldpapiers unterbleiben und auch vor einer Beschlagnahme der vorhandenen Devisen nicht zurückgeschreckt werden dürfe. Der Reichskanzler hat sich in diesen Besprechungen zu der Devisenordnung bekant, es haben sich aber zwischen der Auffassung der Sozialdemokraten und jenen der Vertreter der bürgerlichen Arbeiterschaft starke Gegensätze gezeigt.

### Vor wichtigen Beschlüssen der Fraktion.

Mit all diesen Fragen, nicht zuletzt mit den Versuchen, den außenpolitischen Kurs nach den Wünschen rechtsgerichteter Kreise zu drehen, hat sich am Montag bis in die späten Nachtstunden die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt. Sie billigte die Haltung, welche ihre Vertreter bisher eingenommen haben.

Im allgemeinen ist die Fraktion der Auffassung, die Regelung der Umlagepreise von gleichzeitigen Maßnahmen gegen den weiteren Marktzug abhängig zu machen. Als notwendig wird es erachtet, ein allgemeines Programm für die Politik der nächsten Wochen und Monate mit bestimmten Forderungen auszuarbeiten und von der Anerkennung dieses Programms die weitere Teilnahme an der Regierung abhängig zu machen.

### Deutschland unter Finanzkontrolle.

Der von der französischen Regierung der Reparationskommission vorgelegte Plan einer Finanzkontrolle des deutschen Budgets stößt selbst in Frankreich auf Widerspruch. Wirtschaftspolitiker halten den Plan Barthous für undurchführbar und sehen in ihm lediglich den Anlaß zu neuem weiteren Elend innerhalb der deutschen Bevölkerung.

Schon diese Erkenntnis ist der französischen Öffentlichkeit, die noch vor wenigen Wochen mit ihrer Regierung durch die Mark und dünn ging, hoch anzuschreiben. Statt mit Barthou, marschiert Frankreichs öffentliche Meinung in wesentlichen Punkten mit Bradbury, der die Auffassung der französischen Regierung zur Lösung des Reparationsproblems ablehnt und der eine Stabilisierung der Mark nur dann für möglich hält, wenn Deutschland eine lange Ruhe zur Ordnung seiner Finanzen eingeräumt wird.

Deutschlands Lage ist gerade im Augenblick wieder äußerst ernst. Neben außenpolitischen Gefahren drohen dem Reich neue innenpolitische Krisen, die letzten Endes auch hervorgerufen werden durch die Währungskatastrophe. Es liegt schließlich bei der Entente, Deutschland zu einer Stetigkeit in seiner Politik zu verhelpfen. Neue Kontrollmaßnahmen, wie sie Poincaré und Barthou planen, können naturgemäß nur das Gegenteil von Stetigkeit erwirken und nur eine Verschärfung der Situation des Deutschen Reichs hervorrufen. Helfen kann uns nur, um mit Bradbury zu reden, eine lange Ruhe zur Ordnung unserer Finanzen.

### Völkischer Kampf gegen die Verfassung.

Im Preussischen Landtag hat der Innenminister Genosse Sebering am Freitag warnend auf die verfassungsfeindlichen Bestrebungen des neugegründeten Deutschen Freiheitsbundes hingewiesen. Wie berechtigt seine Ausführungen waren, zeigt das „Aktionsprogramm“, mit dem dieser Bund gegen die Freiheit soeben an die Öffentlichkeit tritt. Zunächst bekennen die Herren ihre geistige Armut, denn in einem Anschreiben ist gesagt, daß das „Aktionsprogramm“ in enger „Anlehnung“ an das Aktionsprogramm der vereinigten sozialdemokratischen Partei, aber „in bewußtem Gegensatz und schroffstem Widerspruch zu diesem“ verfaßt ist. Die „geistige Leistung“ der Verfasser hat denn in der Tat vielfach darin bestanden, Sätze des sozialdemokratischen Aktionsprogramms in ihr Gegenteil zu verkehren. So beginnt ihr Aktionsprogramm mit den Sätzen:

Die geschichtliche Entwicklung hat bewiesen, daß sowohl der jüdische und internationale Sozialismus, als auch der jüdische und internationale Kapitalismus dem deutschen Volke weder Frieden, noch Freiheit, noch Brot zu geben vermögen.

Geil! So ist der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus beendet: der Sozialismus ist jüdisch-international, der Kapitalismus ist jüdisch-international, also werden beide kurzerhand abgeschafft. Wie das geschehen und was statt dessen entstehen soll, erfährt man aus dem Aktionsprogramm leider nicht. Ein paar Phrasen vom „deutsch-völkischen Staatsgedanken“ sind alles. Reizt solche an das geistige Niveau der Lechov und Genossen gemahnende „Theorie“ zum Nachen, so wird die Sache bedenklicher, wenn man von dem theoretischen zum praktischen Teile des Aktionsprogramms gelangt.

Der erste Teil führt den bezeichnenden Titel: Befreiung von der innern Knechtschaft. In ihm lesen wir:

In der Erkenntnis, daß die gegenwärtige demokratische Republik in Wahrheit weder der geltenden Verfassung noch dem Willen des Volkes entspricht, in der Erkenntnis, daß die Staatsgewalt, entgegen selbst dem klaren Wortlaut der Verfassung, nicht vom deutschen Volke ausgeht, sondern von einem aus eigenem Rechte regierenden Fraktions- und Parteiführer, der wiederum von den Drahtziehern des internationalen und jüdischen Kapitalismus beherrscht wird,

in der Erkenntnis, daß dieser ungeheuerliche Betrug die unsagbare wirtschaftliche Leuzung und Not und die völkische Verflabung unweigerlich bis zum Tiefpunkt verschärfen muß, fordert der Deutsche Freiheitsbund das gesamte Volk auf, mit ihm den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf zu führen für die endgültige Befreiung aus der ihm so auferlegten Knechtschaft.

Weg mit den Nebenregierungen der Gewerkschaften und der Straßel Weg mit den sogenannten Schußgesetzen! usw. usw.

Statt dessen wird gefordert eine völlige Umwälzung des Staatswesens in allen seinen Teilen „im Geiste des deutsch-völkischen (berufsständischen) Staatsgedankens unter Überwindung des westlichen und unheimlichen Parlamentarismus“, ferner werden verlangt Ausnahme-gesetze gegen die Juden.

Der zweite Teile des Programms behandelt dann in ähnlichem Sinne die „Befreiung vom feindlichen Sklavenjoch“.

Die Regierung wird guttun, dieser Organisation mit deutsch-völkischem Kabilismus ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

### Die schwierige Kohlenfrage.

Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Silberbach und des französischen Senators Charpenier fand am Montag in Berlin am Sitze des Verbandes der sozialen Banbetriebe eine Konferenz statt. Der Zweck dieser Konferenz war, die Besprechungen und Abmachungen über die Beteiligung am Wiederaufbau Frankreichs, die schon in verschiedenen vorhergehenden Konferenzen stattgefunden haben, definitiv festzulegen.

Die französische Delegation erstattete zunächst Bericht über die kürzlich stattgefundenen Verhandlungen mit der französischen Regierung. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die französische Regierung dem Aktionskomitee als Beauftragter der Geschädigten der zerstörten Gebiete bestimmte Zusicherungen gegeben hat. Diese Zusicherungen betreffen insbesondere die Verteilung von Reparationskohlen, für die Bestellungen, die durch das Aktionskomitee an den Verband der sozialen Banbetriebe gegeben werden.

Im Anschluß hieran ist seitens der deutschen Delegation darauf hingewiesen worden, daß vor einigen Tagen in der Presse eine Notiz erschienen ist, wonach die Reparationskommission die Lieferungen von Kohlen an Frankreich von 1.600.000 Tonnen auf 1.954.000 Tonnen zu erhöhen beantragt habe. Diese Pressenotiz ist von autoritativer deutscher Seite als nicht



# Eine deutsche Tat.

Vor dem Schwurgericht in Mannheim wurde am Montag die Verhandlung gegen den 22-jährigen ehemaligen Anwaltsgehilfen Paul Janßen durchgeführt, der Anfang September d. J. aus politischer Ueberzeugung eine Handgranate in den großen Saal der Mannheimer Probierenbörse warf, was außer Sachschaden glücklicherweise keine weiteren unmittelbaren Folgen hatte. Janßen spielt in der sogenannten nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine führende Rolle. Mit ihm nahmen als Gehilfen der Tat weiter Bläß auf der Anlagebau der 18-jährige Schumm, der gleichaltrige Beamte Heinrich Förster und der ehemalige Uhrmacher Maurice. Die Atmosphäre des Rathenau-Prozesses liegt auch über diesem Saale. Als der Vorsitzende dem Janßen, gegen den die Anklage auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz lautet, am Schlusse seiner Vernehmung fragt, ob er heute die Tat bereue, wirft sich der Junge pathetisch in die Brust und sagte: „Nein, Herr Direktor, es war eine deutsche Tat!“

Der Angeklagte gab ein Lebensbild von sich mit einer ihm offenbar von dritter Seite gut eingetrichterten Rede, die eine schlechte Zusammenstellung des Inhalts der deutschböhmischen Heftblätter war. Janßen gibt das ihm zur Tat gelegte Verbrechen zu, bestreitet jedoch, vorwiegend gehandelt zu haben und stellt auch die Mittäterschaft zweier der Angeklagten in Abrede. Bevor er Antikritik wurde, war er Kommunist. Mit Helben- und Märtyrerepose hält er nun eine längere Rede über die Schädlichkeit des Judentums, das an Sozialismus und Kapitalismus, am Kriegsausbruch und am Kriegsende, an Revolution und an dem hohen Dollarkurs schuld ist.

Zur Tat übergehend bestritt er die Absicht, es auf Gewalttätigkeit gegen Menschen abgesehen zu haben. Er habe nur einen Schreckschuß, ein Warnungssignal, abgeben wollen, damit die Mannheimer Judenenschaft es an der Börse nicht zu toll treibe, und damit das arme deutsche Volk billige Lebensmittel bekomme. Nach der Ermordung Rathenaus sei seine Partei von allen verfolgt worden. Uebrigens sei das Ganze nicht so schlimm. Nur die Presse habe den Fall so aufgebauscht. Der Vorsitzende sagt mit erhobener Stimme: Sie haben eine schwere Tat begangen und Sie sollten Reue an den Tag legen. Zu Ihren Gunsten spricht Ihre große Unreife, die Sie durch Ihre Rede auch heute wieder an den Tag gelegt haben. Wollen Sie Ihre Tat, die einzelne Volksteile schwer gegeneinander aufgehetzt hat, nicht bereuen? Angeklagter: „Nein, ich bereue eine deutsche Tat niemals.“

Aus der Vernehmung des Angeklagten Schumm ergibt sich, daß er seit Oktober 1921 Mitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Mannheim war. Ende August und Anfang September war Schumm auf Urlaub in München. Janßen habe ihn ersucht, zwei Handgranaten mitzubringen. Der Angeklagte Maurice, ein minderwertiger Geselle, war Leiter einer nationalsozialistischen Turn- und Sportabteilung, die weil sie so tüchtig gewesen sei, den Ehrennamen „Sturmabteilung“ erhalten habe.

Der Sprengstofffachverständige hielt die Handgranate für zweifellos sehr explosiv. Hätte die in den Saal geschleuderte Handgranate ihre volle Wirkung ausgeübt, dann wäre ein beträchtlicher Teil des Gebäudes in Trümmer gelegt worden. Der medizinische Sachverständige erklärte sämtliche Angeklagten für zurechnungsfähig.

Die Geschwornen verneinten nach einstündiger Beratung sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen. Sie bejahten dagegen die Frage auf unbefugten Besitz von Waffen bzw. Beihilfe zu diesem Verbrechen. Außerdem wurden sämtliche Angeklagten, mit Ausnahme von Maurice, mildernde Umstände zugebilligt. Das Urteil lautete gegen Janßen auf neun Monate Gefängnis, gegen Schumm auf sechs Monate, gegen Förster auf zwei Monate Gefängnis. Bezüglich des Angeklagten Maurice kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß die Geschwornen sich zurechnungsfähig, Angeklagten geirrt hätten und setzten den Fall erneut zur Verhandlung in die nächste Schwurgerichtssperiode. Ein ungenügend mildes Urteil, das wenig geeignet erscheint, angesichts der großen Gefahr, die in der Verwendung des noch immer vielfach verborgen gehaltenen Sprengstoffes liegt, abzuwenden zu wirken.

# Das französische Budget.

In der französischen Kammer wurde der Bericht über das Budget für 1923 vorgelegt. Der Berichterstatter erklärte, daß man dem Lande volle Klarheit über die Finanzlage schuldig sei. Das Finanzproblem für 1923 stehe vor drei unbekanntem Größen. Man wisse nämlich nichts über die Höhe der Reparationszahlungen, über die interalliierten Schulden und über den künftigen Stand der französischen Valuta.

Die ordentlichen Ausgaben werden in dem Bericht mit 21 Milliarden 905 Millionen Franc, die außerordentlichen Ausgaben mit 1 Milliarde 277 Millionen, insgesamt mit 23 Milliarden 180 Millionen Franc angegeben. Die ordentlichen Einnahmen werden mit 18 Milliarden 60 Millionen, die außerordentlichen mit 1 Milliarde 225 Millionen, insgesamt mit 19 Milliarden 825 Millionen genannt.

Das Defizit beträgt somit 3 Milliarden 895 Millionen. Die Regierung gedenkt, diese Summe durch Anleihen aufzubringen. Die Ausgaben für 1923 haben sich um 1 Milliarde 300 Millionen erhöht.

Der Berichterstatter erhofft von den deutschen Zahlungen nichts und sucht den Beweis zu führen, daß Frankreich in seinen militärischen und zivilen Ausgaben große Ersparnisse machte. Die Steuerleistung des Landes hätte sich ungeheuer vermehrt. Selbst wenn man die Reparationssummen beitreiben könnte, würde der Wiederaufbau dadurch nicht gedeckt werden. Würde man weiterhin Anleihen ausgeben, so hätte Frankreich Ende 1925 insgesamt 30 Milliarden aufzubringen, wovon 19 Milliarden nur auf den Zinsendienst der öffentlichen Schulden entfielen. Im ganzen müßten, wenn weitere Anleihen aufgebracht würden, von den französischen Sparern während der Jahre 1923 bis 1925 insgesamt 77 Milliarden aufgebracht werden.

# Notizen.

Es klappt nicht bei Stinnes. Seit einigen Tagen ist Marquis de Lubersac in Berlin in Verhandlungen mit Stinnes begriffen. Zunächst glaubte man, daß es sich bei diesen Besprechungen nur um die Beratung von Einzelheiten des Abkommens handle. Neuerdings aber scheint, daß doch erhebliche Schwierigkeiten über die Grundlage des Abkommens selbst bestehen. Am Montagabend vorbereiteten Abgeordnete der Deutschen Volkspartei im Reichstag das Gerücht, daß das Abkommen Stinnes-Lubersac sehr gefährdet, wenn nicht überhaupt schon in die Brüche gegangen sei. Ueber die Ursache dieser Krise war nichts Näheres zu erfahren. Vielleicht wirkt die Kabinetskrisse in England auf die Haltung maßgebender französischer Kreise ein, die nun wieder sich in dem Glauben bestärkt sehen, daß sie auf direktem Weg an die Ruhrhölle kommen können. Von anderer Seite dagegen wird behauptet, daß diese Annahme unzutreffend sei. Sicher unterliegt das Abkommen Stinnes-Lubersac zur Stunde großen Gefahren.

Beleidigung des Reichspräsidenten. Der Oberstaatsanwalt hat gegen den deutschnationalen Barrer Dr. Traub, einen der Kapp-Minister, wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Strafantrag gestellt.

Das Attentat auf Magimilian Harden. Das Ermittlungsergebnis liegt jetzt der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage vor. Die Untersuchung hat eine Verzögerung erfahren, weil sich vor einiger Zeit ein Feldwebel Hubner unter der Selbstbeerdigung, Militär zu sein, dem Untersuchungsrichter gestellt hatte und in Haft genommen worden war. Hubner scheint eine Freiführung des Gerichts bezweckt zu haben, da seine Angaben bei näherer Nachprüfung als unrichtig befunden worden sind. Der Täter Antermann ist bisher noch nicht ergriffen. Die Anklage wird daher nur gegen den Buchhändler Grenz und den Militär Weichardt erhoben werden.

Keine Ausgleichszahlungen bis Juli 1923. Wb. meldet: Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsamtern sind abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsamtern haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorgelegen. Die Entscheidung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll.

Steigerung des Schnapsverbrauchs um das 2½fache. In der außerordentlichen Generalversammlung der Küdforth-Litien-Gesellschaft in Seltin wurde die Kapitalerhöhung um 50 auf 150 Millionen Mark genehmigt. Der Umsatz habe sich um das 2½fache gegenüber der Zeit des Vorjahres erhöht. Verhandlungen betreffend einer Beteiligung im Ausland nehmen einen günstigen Verlauf und stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Ein Teil der neuen, ab 1. Januar 1923 dividendenberechtigten Stammaktien wird im Verhältnis von 531 zu 190 Prozent angeboten. — Wieviel Getreide, Zucker und Obst mag diese eine Firma in Schnapsgeist verhandelt haben?

Russische Wahlen. Die Wahlen für die Sowjets sind im allgemeinen beendet. Sie brachten, wie erwartet, ein Uebergewicht der Kommunisten. So wurden in Petersburg 141 Kommunisten und nur 10 Parteiloze gewählt. Gleiche Ergebnisse liegen aus dem europäischen Rußland und aus Sibirien vor. Die durchgehende Meinung bestätigt erneut, daß die russischen Wahlen nichts weiter als eine Komödie sind. Angesichts des herrschenden Terrors und der Unterdrückung der elementarsten politischen Freiheiten kann von einer Wahl selbst nach den Grundgesetzen der Sowjetverfassung keine Rede sein. Deshalb hatte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die einzige ernst zu nehmende Oppositionspartei in der Arbeitererschaft, neuerdings die Parole der Nichtbeteiligung bei den Wahlen ausgegeben.

Ein Trümmerhaufen. Die Leitung der kommunistischen Partei Frankreichs hat ihre Arbeiten beendet. Vaillant-Couturier verlor einen Antrag auf Errichtung eines Schiedsgerichts in Moskau. Kommissar erklärte im Namen der (anarcho-syndikalistischen) Med. linken, die Bestrebungen der Partei liegen die Annahme eines Schiedsgerichts nicht zu. Das bedeutet einen Bruch zwischen Zentrum und der Linken und in Wirklichkeit einen Bruch zwischen der französischen kommunistischen Partei und der Moskauer Internationale. Da außerdem die Rechte ausgeschlossen wurde, bedeutet dieser Kongreßausgang den Zerfall in drei Teile. Dies wird jedoch am politischen Antlitz der Welt nicht viel ändern, da die ganze französische kommunistische Partei, die zuletzt im ganzen keine 75 000 Mitglieder zählte, sowieso das reteste Kasperletheater war.

**Dollar** Amtliche Notiz vom Montag 4074 **4350 Mark** Dienstag mittags circa

# Depechen.

Erfassung der Lebensmittel. \* Berlin, 24. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, um Reichstag eine Entschließung einzubringen, in der die reflexlose Erfassung der im Inland vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, die sich in den Händen der Erzeuger, der Verbraucher und des Handels befinden, gefordert wird.

# Die Riffe versäfft sich.

Berlin, 24. Oktober. Der „Vorwärts“ schreibt: Durch die Entstehung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte hat die Parzellierung der Sozialdemokratischen Partei sich geändert. Die Sozialdemokratische Partei fühlt, daß sich die Widerstände, die sich gegen ihre Einflussnahme auf die Regierungsgeschäfte geltend machen, ganz außerordentlich vergrößert haben. Daß der Reichstag morgen voraussichtlich entgegen seinen bisherigen Absichten sich nicht vertagen, sondern zum mindesten am Mittwoch noch beisammen bleiben wird, ist ein Zeichen für den Ernst der Situation.

# Was das Zentrum will.

Berlin, 24. Oktober. In einem Artikel über die Forderungen des Tages und die steigende Not des deutschen Volkes schreibt das hiesige Zentrumblatt, die „Germania“, ein unheimlicher Gast drohe für den Winter, nämlich der Hunger. Jetzt sei die Zeit der Reben vorbei, man brauche Leben. In der Tat sei der Versailler Vertrag die Quelle der Unflut. Die Reparationsfrage müsse jetzt auf vernünftiger Grundlage gelöst werden. Deutschland fordere von dem Ausland, daß es den Ernst der Stunde begreife und die deutschen Forderungen zur Verzweiflung treibe. Aber alles Heil könne nicht von außen kommen. Die Deutschen müßten Einkehr zur Besinnung halten und mit dem System der gegenseitigen Verflechtung Schluß machen. Die Lösung müsse sein: Zusammenfassen aller Kräfte. Die Deutschen würden wenig Eindruck machen in der Welt, wenn sie ihre Kräfte mit gegenseitiger Befehdung zerplüßern, unentwegt auf Parteibogmen pochen und von einer Krise in die andre taumeln. Jetzt unter dem Eindruck der zum 31. Oktober endenden Not müßten sie sich zur Volksgemeinschaft bekennen, und endlich müßte das deutsche Volk noch eine andre Forderung erfüllen: es müßte seine Produktion heben. Die acht Stunden des Arbeitstages müßten wirklich 8 Stunden der Arbeit werden.

# Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 24. Oktober. Die Reparationskommission besprach am Montag in halbamtlicher Sitzung den französischen Vorschlag. Vorhau verteidigte die französische Denkschrift und antwortete besonders auf die sachlichen Einwendungen Bredy's. Die Reparationskommission wird am Dienstag die Maßregeln prüfen, die geeignet sind, den Sturz der Mark aufzuhalten.

# Der englische Wahltag.

London, 24. Oktober. Die Zusammensetzung des englischen Kabinetts wird wahrscheinlich heute veröffentlicht werden. Die Neuwahlen finden am 15. November statt. „Daily News“ zufolge wird der Beschluß Bonar Law's, die Wahlen an einem Tage mitten in der Woche abzuhalten, in Arbeiterkreisen Zustimmung hervorzurufen. — Aus der gestrigen Rede Bonar Law's auf der Veranstaltung der Konventionen im Hotel Cecil sind noch folgende Stellen hervorzuheben: Die Arbeit der Nation ist in der größten Krise der englischen Geschichte. Diese Krise ist für die Nation niemals dankbar genug sein konnte. Diese Dankbarkeit bedeute aber nicht, daß er das Recht habe, sein ganzes Leben hindurch Premierminister zu bleiben. Die Leute, die erklärten, die Koalition müsse wegen der Gefahr einer Arbeiterregierung für immer fortbestehen, irrten sich; denn dies sei gerade der Weg, der unbedingt früher oder später zu einer Arbeiterregierung führen würde. Was in England gegenwärtig vor allem gebraucht werde, sei Konjunkturalismus in weitem Sinne des Wortes. Das Land brauche Ruhe und Befreiung von Abenteuern und Verpflichtungen sowohl im Inland als auch im Ausland. Bonar Law sagte weiter, er fürchte, daß die Anstrengungen des Untes nicht sehr lange werde ertragen können, wenn er sie auch auf sich nehmen wollte. Wenn jedoch die Zeit komme, wo er spüren werde, daß ihm die Bürde des Amtes zu schwer werde, so sei nicht vor ihm zu erwarten, daß er bleibe.

# Ein vermisstes Unterseeboot.

Cherbourg, 24. Oktober. Das Unterseeboot Roland Morillet, das nach dem Orient entsandt worden war, ist an seinem Bestimmungsort nicht eingelaufen. Torpedoboote sind auf der Suche nach ihm. Es handelt sich um ein französisches deutsches Unterseeboot, das 1916 in den Torpedoschnitzern des Pazifiks von Le Haure erbeutet wurde.

# Jugentgleisung.

Paris, 24. Oktober. Heute nacht ereignete sich bei St. Denis ein Eisenbahnunglück, bei dem zwei Personen getötet und 18 verletzt wurden.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

# Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

(Bestellungen nehmen alle Zeitungsträgerinnen entgegen.) Der Bezug wird erleichtert durch Benutzung der Leserkarten der Volksbücherei. Zur Abholung liegen bereit: Fliegende Blätter Nr. 4029. — Der Segner Nr. 3. — Die Neue Zeit Nr. 3. — Der gemüthliche Sachse Nr. 42. — Der Drache Nr. 3. — Stimpfismus Nr. 29. — Kunstwart Nr. 1. — Feuille für die Arbeiterjugend-Internationale Nr. 18. Wieder vorrätig: Euden: Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. 50 RT. Radio: Nieberstische Sagen. Aus Sichtlatts „Deutscher Saentisch“. Eine wunderbare Sammlung guter Sagen aus der Umgebung, der Provinz Sachsen, Braunschweig und Anhalt. 450 RT. Bühnen: Sankta Eob. Drama in gutem Halbleinleitend. 400 RT. Saentisch: Gehart Hauptmann und das deutsche Volk. Ein neues volles, bekanntes Werk in autem Sammlerleitend mit einem Bildnis Hauptmanns. 300 RT. (Nach einfache Ausgaben vorrätig.) Reimes: Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte. Sechs vollständige Vorträge des Verfassers mit einem Geleitwort von Professor Heinrich Cunow. Volkswissenschaften, 30 RT. 200 RT. Calome, Drama in einem Aufzuge, 25 RT.

**OSRAM LAMPEN**

OSRAM kauft und braucht die ganze Welt

OSRAM NITRA



# Die Einigung im Bezirk Magdeburg-Anhalt.

## Hand- und Kopfarbeiter, Genossen, Genossinnen!

Der Nürnberger Parteitag gab uns die einige, geschlossene deutsche Sozialdemokratie wieder. Endlich hat der Zustand der Selbstzerfleischung deutscher Sozialisten sein längst notwendiges Ende gefunden. Alle Sozialdemokraten gehören wieder einer Partei an. Von nun an kann der Kampf gegen alle Feinde der Republik und der Arbeiterschaft mit verstärkter Wucht geführt werden. Zukünftig können und wollen wir mit verdoppelter Kraft gegen die dunkeln Mächte der Schreckensreaktion, gegen die Feinde der Demokratisierung der Verwaltung streiten. Wir werden dem antimilitaristischen Wahnsinn zu begegnen wissen, der mit die Ursache der Ermordung Rathenaus war und damit die Republik und das Wirtschaftsleben in schwerste Gefahr brachte.

Der Gedanke der Einigung bekam in den Tagen des Kampfes um die Republik elementare Gewalt. Dieser Kampf für die Republik, welcher weitergeführt werden muß, wenn sie uns als die in jetziger Zeit einzig mögliche Staatsform erhalten bleiben soll, wird von der geeinten Partei für die nächsten Jahre ungeahnte Kraftanstrengung verlangen. Siegreich können wir jedoch nur kämpfen, wenn wir eine feste Parteiorganisation, eine gut disziplinierte, aufgeklärte, gebildete und selbstbewußte Hand- und Kopfarbeiterchaft als Kerntruppe dieser Partei aufstellen können.

Angewidert vom Bruderkampf, sind in der hinter uns liegenden Zeit Tausende beiseitegetreten. Freudig werden sie sich wieder eingliedern. Geht und werbt um alle diese Werktätigen! Reicht sie ein in unsere große, stolze Partei, in der wir ein einzig Volk von Brüdern sein wollen. Geht auch der Partei die Geldmittel, welche sie notwendig zur Stärkung ihrer Schlagkraft gebraucht. Gern und freudig anerkennen wir, daß uns in diesen Tagen besondere Beiträge in beachtenswerter Höhe von den einzelnen Genossen zuzugingen. Möge die so oft bewiesene Opferwilligkeit unserer Mitglieder sich auch weiterhin zeigen.

Parteiorganen und Genossinnen! Ein schwerer Winter steht vor der Tür. Das Elend der arbeitenden Bevölkerung

verstärkt sich täglich. Verzweifelt ringen Lohn- und Gehaltsempfänger, all die bedauernswerten Sozial- und Kriegsveteranen um das nackte Leben. Der auf die Dauer unerträgliche Versailleser Vertrag lastet schwer auf dem deutschen Volke, dazu gibt es im Inland ein gewissenloses Wucherer- und Spekulantentum, welches mit dazu beiträgt, daß uns allen das Leben zur Qual wird. Es besteht die furchtbare Gefahr, daß Tausende verelenden und dann in die alte Gleichgültigkeit zurückfallen. Das darf nicht geschehen. Wir müssen den Kampf führen gegen Wucherspekulation und Unterdrückung! Wir wollen aufräumen und agitieren, Bildungsarbeit im Sinne des Sozialismus leisten und das arbeitende Volk teilhaftig werden lassen an der Kultur.

### Die Verschmelzung.

Die Spitzenkörperchaften der bisherigen beiden Parteien im Bezirk Magdeburg-Anhalt haben nunmehr folgende Vereinbarungen getroffen:

#### 1. Organisation.

- a) Der Bezirksvorstand setzt sich aus acht Mitgliedern der bisherigen S. P. D. und drei Mitgliedern der bisherigen U. S. P. zusammen.
- b) Die bisherigen Bezirkskörperchaften (Bezirksausschüsse) treten auf Beschluß des Bezirksvorstandes bei Bedarf zu gemeinschaftlicher Tagung zusammen.
- c) Die Unterbezirksleitung, wie sie die bisherige S. P. D. hatte, bleibt bestehen. Bis zum nächsten Unterbezirkstag tritt zu jedem Unterbezirksvorstand der bisherigen S. P. D. ein Mitglied der bisherigen U. S. P.
- d) Ueber die Zusammenfassung der Ortsvereinsvorstände ist eine Verständigung in den einzelnen Orten zu suchen. In der Regel sollen die beiderseitigen Mitgliederzahlen als Grundlage für die Verteilung der Sitze gelten. In Streitfällen entscheidet der Bezirksvorstand.
- e) Die Kreis-, Stadt-, Bezirks- und Gemeindevorstände vereinigen sich zu einer Fraktion.

Verhandlungen und Sitzungen dürfen von jetzt an noch gemeinsam abgehalten werden.

#### 2. Zeitungsfrage.

- a) Die „Volkszeitung“ stellt mit dem 1. November ihr Erscheinen ein.
- b) Die „Volksstimme“ sowie die übrigen bisherigen Parteizeitungen der S. P. D. im Bezirk Magdeburg-Anhalt gelten als Parteiorgane der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
- c) Das Personal der „Volkszeitung“ wird, soweit es von der „Volksstimme“ nicht übernommen werden kann, im Bedarfsfall nachträglich eingestellt.
- d) Von den drei Redakteuren der „Volkszeitung“ werden zwei von der „Volksstimme“ übernommen. Von den Angestellten der „Volkszeitung“ erhält der bisherige Geschäftsführer nach Abwicklung der „Volkszeitungs“-Geschäfte eine Stellung, die durch die Preßkommission bestimmt wird. Die übrigen Angestellten werden bis zum 31. Dezember 1922 übernommen.
- e) Die Preßkommission der „Volksstimme“ wird durch 4 Mitglieder der bisherigen „Volkszeitungs“-Preßkommission verstärkt, von denen einer auf Beschluß der Preßkommission als Firmenträger zu ernennen ist.

#### 3. Personalien.

Von den bisherigen Parteiangestellten der U. S. P. tritt Genosse Peters in den Dienst der Vereinigten sozialdemokratischen Partei. Die Übernahme des Genossen Dieckmann kann nur auf Beschluß des Vorstandes der Gesamtpartei erfolgen.

Genossen und Genossinnen! Wir erwarten, daß ihr von nun an in brüderlichem kameradschaftlichem Geist arbeiten werdet. Laßt uns gemeinsam kämpfen für die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Die Bezirksleitung. J. A. Ferl Peters.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. Oktober 1922.

### Der Magdeburger Brotpreis.

Der Magistrat schreibt uns: In Nr. 527 der „Magdeburger Zeitung“ vom 18. d. M. werden für verschiedene Städte die vom 15. Oktober für 1 Doppelzentner Roggenmehl genannten Preise gegenübergestellt und davon die Frage geklärt, warum der Preis für Magdeburg am höchsten, höher als in den am sich teuersten Städten Berlin, Hamburg, Leipzig oder München sei. Hierauf ist folgendes zu erwidern:

Erstens geben die angeführten Zahlen kein ganz richtiges Bild, da Magdeburg seit längerer Zeit auf Wunsch der Bäcker, um diese von den großen Schwankungen im Lieferungsverhältnis zwischen Roggen- und Weizenmehl unabhängig zu machen, nicht wie andere Städte einen besonders niedrigen Preis für Roggenmehl und einen höheren für Weizenmehl, sondern einen mittleren Einheitspreis für beide Sorten festsetzt. Der Unterschied ist nicht ganz gering. Hannover ist z. B. in dem Artikel mit 1744 Mark aufgeführt gegen 1800 Mark bei Magdeburg, bei Berücksichtigung des Durchschnittsverhältnisses zwischen Roggen- und Weizenmehl ist aber für Hannover 1780 die richtige Vergleichszahl, so daß der Unterschied gegen Magdeburg auf 20 Mark oder etwa 1 Prozent zusammenschrumpft.

Zweitens. Magdeburg stand in den Mehl- und Brotpreisen sowohl nach der Festlegung vom Beginn des neuen Erntejahres (15. August) als auch nach den infolge Steigerungen der Ankosten notwendig gewordenen Erhöhungen etwa bis zum 10. Oktober unter den Großstädten mit am niedrigsten. Bis 15. August betrug der Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner Brotmehl in Berlin und Hannover 1588, Chemnitz 1585, Bremen 1560, Dresden 1541, Hamburg 1540, Leipzig 1530, Breslau 1525, Erfurt 1515, Magdeburg 1510, München 1496 Mark. Magdeburg hatte den Brotpreis für das 1900-Gramm-Brot niedrigst auf 30 Mark festgesetzt, das sind 15,79 Mark für 1 Kilogramm, die übrigen genannten Städte standen sämtlich höher, Erfurt 16 Mark, Breslau 16,20, Bremen, Dresden und Hannover 16,32, München 16,40, Leipzig 16,50, Berlin 16,63, Chemnitz 17,25, Hamburg 17,90. Auch nach den Zahlen vom 4. Oktober stand Magdeburg in den Mehl- und Brotpreisen noch wesentlich niedriger als die meisten anderen Großstädte. Es hatte inzwischen seinen Brotpreis von 30 auf 38,50 Mark erhöhen müssen, das sind 19,21 für 1 Kilogramm gegen 20 Mark in Berlin und Hannover, 21,65 in Dresden, 22 in Leipzig und Erfurt.

Drittens. Magdeburg befindet sich bei der letzten Preis-erhöhung, bei der die Mehl- und Brotpreise allerdings sogar zum Beispiel über Berlin hinausgingen, in guter Gesellschaft. Gerade die beiden mitteldeutschen Großstädte, die bisher Magdeburg noch etwas unterboten, Halle und Braunschweig, stehen jetzt noch höher als Magdeburg. In Halle stieg der Preis für 1 Kilogramm Schwarzbrot von 18,89 auf 24,44, in Braunschweig von 18,68 auf 25,25, in Magdeburg von 19,21 auf 24,21. Man kann schon hieraus schließen, daß es mit diesen Städten, die auf einmal von den billigsten Brot- und Mehlpreisen zu den teuersten aufgestiegen sind, eine besondere Bewandnis haben muß. Dies ist in der Tat der Fall. Die Städte Magdeburg, Halle, Braunschweig werden ebenso wie Hannover (Brotpreis jetzt für 1 Kilogramm 24,44 Mark) von der Reichsgetreidestelle mit Getreide beliefert, das sie selbst mahlen lassen (sogen. Körnerwirtschaft), die durch ihre Billigkeit auffallenden Städte Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, München, Chemnitz, Bremen, Erfurt haben die Belieferung mit Mehl vorgezogen, sie haben deshalb das Mehl zurzeit wesentlich billiger als die Städte mit Körnerwirtschaft, weil die Reichsgetreidestelle, trotzdem sie heute für das Mahlen von einer Tonne Getreide mindestens 3000 Mark mehr bezahlt als vor 2 Monaten (die genauen Zahlungen werden erst am Schlusse jedes Monats nach dem Zeugnissindoz ermittelt), ihre Mehlpreise bisher nicht erhöht hat. Sie will vielmehr diese außerordentlichen Verluste durch die am 30. Oktober eintretende Preisserhöhung nachträglich mit ausgleichen, man wird also hoffen dürfen, daß die Erhöhung der teuren Mehl- und Brotpreise der Körnerstädte nur eine vorübergehende ist und ab 1. November wieder verschwindet.

Die Reichsgetreidestelle will weiter fortan die Mehlpreise entsprechend den Mahlmehnen monatlich neu festsetzen. Sollten allerdings die Städte mit Körnerwirtschaft auch weiterhin gegenüber den Städten mit Mehlwirtschaft benachteiligt werden, so werden sie im Interesse ihrer Bevölkerung unbedingt dagegen Front machen müssen.

### Die Zuderversorgung.

Nach der preussischen Ausführungsanweisung über die Zuderversorgung im Betriebsjahr 1922/23 haben die Zuderfabriken den Zuder an den zugelassenen Großhandel abzugeben, der ihn nur in den Bezirken in Verkehr bringen darf, für die er bestimmt ist. Zum Handel mit Zuder werden nur der organisierte Großhandel, der organisierte Einzelhandel und die genossenschaftlich organisierte Verbraucherschaft zugelassen. Die ordnungsmäßige Durchführung des Zuderhandels soll durch Kontrollstellen überwacht werden. Monatlich wird 1 Kilogramm in auf den Kopf der Bevölkerung verteilt. Apotheken, Krankenanstalten, Gastwirtschaften und Fremdenheime erhalten besondere Zuweisungen. Der Einzelverkauf wird durch die Zuderkarte geregelt, die allerdings erst am 1. Dezember in Kraft treten soll. Ueber die Verteilung von Einmachezuder und die Sonderzuweisungen für Mütter und Säuglinge werden noch besondere Verfügungen ergehen. In der preussischen Zuderverordnung wird verboten, die Abgabe von Inlandzuder von dem Verkauf anderer Waren abhängig zu machen. Die Kleinhandlärer müssen sich ferner verpflichten, Inlandzuder nicht mit Auslandszuder zu vermischen. Auf Zuwiderhandlungen steht eine Vertragsstrafe in der Höhe des doppelten Verkaufswertes des verbotswidrig abgegebenen Zuders, mindestens jedoch von 2000 Mark.

Für Preußen ist eine Zuderwirtschaftsstelle gebildet, die den zur Verfügung gestellten Zuder verteilt. Die zugelassenen Organisationen sind verpflichtet, in Berlin eine gemeinsame Hauptgeschäftsstelle zu bilden und in jeder Provinz Kontrollstellen zu errichten.

In der Hauptgeschäftsstelle sollen vertreten sein a) ein Kommissar des Ministers für Landwirtschaft, b) ein Vertrauensmann der Verbraucherschaft, c) ein Vertrauensmann der Zuderwirtschaftsstelle, die Kontrollstellen sollen gleichfalls so zusammengesetzt sein.

Für Magdeburg ist eine Kontrollstelle schon errichtet. Sie ist zusammengesetzt: a) Vertreter des Zuderhandels, b) Vertreter des Kleinhandels, c) Vertreter der Verbraucher. Die Oberaufsicht führt der Oberpräsident. Die Kontrollstellen haben darüber zu wachen, daß der Zuder ordnungsgemäß an die Konsumenten gelangt.

Der Großhändler muß genau über Eingang und Weiterabgabe von Zuder an die Kleinhandlärer Wucherer führen. Er darf nur den bestimmten Zuder an Kleinhandlärer abgeben. Gleichfalls sind die Konsumentenvereine und die Einzelhandlärer gehalten, einen Verpflichtungsschein zu unterschreiben. Mit der Unterschrift verpflichten sie sich, die Verordnungen einzuhalten.

Die Verordnung über Zuderwirtschaft kommt etwas spät. Es wäre gut gewesen, wenn bereits der Zuder für Oktober/November ausgegeben werden konnte. Nunmehr ist der 1. Dezember als Stichtag in Aussicht genommen. Die Kundenliste wird nicht zur Einführung gelangen. Der Inhaber der Zuderkarte kann den Zuder in jedem Geschäft kaufen. Voraussetzungen sind keine Zudernapfheit herrschen. Die Industrie rechnet mit einer Mehrerzeugung bis 20 Prozent gegen die Erzeugung des letzten Jahres. Der Inlandbedarf könnte damit voll gedeckt werden. Die Zuderwirtschaftsstelle hat bekanntgegeben, daß die 15. November 13 Millionen Doppelzentner Verbrauchszuder zur Verfügung stehen. Die Verkaufspreise fest die Kontrollstelle fest.

## Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Elternbeiräte des Bezirks Neue Neustadt. Heute Dienstag den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung in Klasse 1a der 1. Volksschule, Umfassungstraße.

Bezirk Sudenburg. Am Sonntag den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärsitzung im „Goldenen Löwen“.

— Ermäßigte Eintrittspreise auf der Niama. Die Anstellung wird am 31. Oktober d. J. endgültig ihre Pforten schließen. Um auch dem minderbemittelten Teile der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die Anstellung zu sehen, wird von Montag den 23. Oktober ab ein Eintrittsgeld von 11 Mark erhoben. Nur am Freitag den 27. Oktober sowie am Sonntag den 29. Oktober beträgt der Eintrittspreis 33 Mark. Am Freitag soll die Prämierung der Aussteller vor sich gehen, während am Sonntag den 29. Oktober noch einmal ein großes Nieren-Brillantenfest abgebrannt werden soll.

— Die Gehaltsforderung der Angestellten. In einer stark besuchten Versammlung des Aso-Bundes sprach J. Bach vom Zentralverband der Angestellten über die Rechte der Angestellten bei Kündigungen und Entlassungen. Blumenstein vom Bund der technischen Angestellten und Beamten gab Bericht über die letzte Tarifverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. Die Tarneung habe ganz unerhörte Formen angenommen. Jeder Tag bringt neue Preisserhöhungen, die von den Beamten, Angestellten und Arbeitern nicht mehr bezahlt werden können. Die Angestelltenvertretungen haben angesichts dieser furchtbaren Tatsache neue Gehaltsforderungen eingereicht. Die Einreichung verzögerte sich infolge Verzögerung der Gehaltsätze für 20 bis 30 Jahre auf vier Gruppen bis zum 17. Oktober. Der Arbeitgeberverband ging einer Verhandlung dadurch aus dem Wege, daß er den Schlichtungsausschuß anrief. Dieser nahm nun am Montag in einer längeren Sitzung dazu Stellung. Das Resultat, das nachmittags 4 Uhr verhandelt wurde, lautete folgendes:

Die September-Gehaltsätze werden für Oktober um 50 Prozent erhöht. Die Dienstalterszulagen betragen ab 1. Oktober pro Monat 190 Mark. Fremdsprachliche Korrespondenten sollen einen Zuschlag von 600 Mark erhalten. Die neue Altersgruppierung soll den direkten Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Angestellten-Organisationen überlassen bleiben.

In der sehr lebhaften Aussprache traten sämtliche Redner für die Ablehnung des Schlichterspruchs ein. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Die stark besuchte Angestellten-Versammlung hat von dem gestellten Schlichterspruch Kenntnis genommen. Sie hält ihn in Anbetracht der bestehenden Lage und der noch bevorstehenden größeren Preissteigerungen für völlig unzureichend. Die Versammlung beauftragt die Angestelltenvertreter, sofort Schritte zu unternehmen, um ein weit besseres Resultat zu erreichen.

Wie wir hören, haben sich inzwischen die Angestelltenverbände mit der Regierung in Verbindung gesetzt, um neue Verhandlungen über die Oktoberforderungen der Angestellten zu erzielen.

— Die Beschlagnahme des Arbeitslohns. In einer kleinen Anfrage führte der Landtagsabgeordnete Dr. Pinkernil Lage über sich ständige mehrende Anträge, zu Beschlagnahmen von Lohn durch Lieferanten bei einer Reihe von Werken. Es handle sich zu einem erschreckend großen Teil nicht um Lieferungen notwendiger Bedarfsartikel an Arbeiter, sondern um Uhren, Bücher, Schmuck usw. Die von geschäftstüchtigen Reisenden ausgenutzte Möglichkeit des Lohnabtreibungsverfahrens für die Belieferung mit Gegenständen, die nicht, wie z. B. Kleidungsstücke, Möbel usw. als notwendig bezeichnet werden könnten, bedeute eine Schädigung der Arbeiter wie eine Überlastung der Werke mit unproduktiver Arbeit; das Staatsministerium wurde deshalb befragt, ob es bereit sei, bei der Reichsregierung auf Festlegung gesetzlicher Maßnahmen, die die Abtretung von Lohnforderungen erschweren, hinzuwirken. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mittelt, beantwortet der Justizminister die Anfrage wie folgt: Nach § 400 des B. G. B. kann eine Forderung nicht abgetreten werden, soweit sie der Pfändung nicht unterworfen ist. Nach dem Gesetz vom 23. Dezember 1921 sind Lohnforderungen bis zu einem Jahresbetrage von 12000 Mark überhaupt und, soweit sie über diesen Betrag hinausgehen, zu einem Drittel des Mehrbetrags der Pfändung nicht unterworfen; der unpfändbare Teil des Mehrbetrags erhöht sich bis auf zwei Drittel, wenn der Schuldner unterhaltungslos ist. Ein im Reichsstat bereits eingeschalteter Geleitzenschein stellt Befreiung der Grenze von 12000 Mark auf 100000 Mark vor. Falls etwa an eine gesetzliche Regelung gedacht sein sollte, daß die Abtretung pfändbarer Teile von Lohnforderungen, soweit die Abtretung zur Deckung von Verbindlichkeiten für nicht notwendige Anschaffungen erfolgt, für unwirksam erklärt wird, so bestehen dagegen ernste Bedenken. Maßnahmen in dieser Hinsicht versprechen um so weniger Erfolg, als aus der Abtretungserklärung deren Zweck nicht erkennbar zu sein braucht.

— Die Sammlungen für die Altershilfe haben bis heute einen Gesamtbetrag von 994 236,92 Mark ergeben. Noch nicht zur Abführung gelangte Beträge der Hausammlungen können während der Wintermonate in Neuer Weg 1/2, 2 Treppen, Zimmer 36, abgeliefert werden.

— Minderung der Gebühren im Paket usw. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket, Telegramm- und Zeitungsverkehr ist mit Wirkung vom 25. Oktober ab auf 900 Mark festgelegt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Rücksicht mit Wertangabe nach dem Ausland maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden. Höhere Zuschläge werden die Postämter.

Nachrichten aus der Provinz.

Tagung des Provinziallandtags.

Die Abgeordneten des Provinziallandtags treten am 30. Oktober zu einer Tagung zusammen. Zur Beratung stehen: 1. Wahl eines Landesrats. 2. Ausschreibung einer Nachtragsumlage für das Rechnungsjahr 1922. 3. Änderung der Befolungsordnung und der Kreisstellen und Tagelohnsätze. 4. Beteiligung des Provinzialverbandes an Elektrizitätsunternehmungen. 5. Erhöhung des Geschäftsanteils und der Zwischentreibergschaft der Wohnungsgesellschaft 'Mitteldeutsche Heimstätte'. 6. Denkschrift über die Organisation der sozialen Kriegsverwundeten- und Kriegserkranktenfürsorge unter besonderer Berücksichtigung des Finanzwesens.

Abfindung der Kriegserwitwen bei Wiederverheiratung.

Das Recht auf den Bezug der Witwenrente nach dem Reichsverordnungsgezet erlischt mit dem Ablauf des Monats, in dem die Witwe sich wieder verheiratet. Ihr steht dann ein Rechtsanspruch auf Abfindung im Falle der Wiederverheiratung in Höhe des dreifachen Jahresbetrags der zuletzt bezogenen Rente zu. Voraussetzungen sind die Wiederverheiratung, an die das Gesetz das Abfindungsrecht knüpft nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, also nach dem 1. April 1920 erfolgt ist. Die Witwe muß außerdem grundsätzlich zurzeit ihrer Wiederverheiratung einen Rechtsanspruch auf Witwenrente nach dem Reichsverordnungsgezet gehabt haben, sei es, daß sie die Rente nach dem Weggabe dieses Gesetzes tatsächlich bezog, sei es, daß ihre nach dem Militärhinterbliebenengezet festgesetzte Versorgung nach dem für sie günstigeren Reichsverordnungsgezet mit Wirkung vom 1. April 1920 an noch umzuerkennen war.

Parteinachrichten.

Stadtdorf. Alle Partei-, Gewerkschafts- und Vereinsvorstände sowie deren Funktionäre treffen sich am Donnerstag den 26. Oktober, abends 8 Uhr, bei Picht zwecks Besprechung Lokalfrage. Arbeiter-Tagungsverein. Am Sonntag den 29. Oktober, nachm. 3 Uhr, findet in Grob-Dittersleben in der Rüdchenstraße eine Filialtagung statt. Es ist Pflicht, daß sich sämtliche Ortsgruppen zahlreich daran beteiligen. Der Werbedirektor, Erich Klotz, 5791.

Kreis Wanzleben.

Grob-Dittersleben. Durch die Eingebundung Klein-Ditterslebens macht es sich notwendig, daß die beiderseitigen Ortsvereine einer Partei zusammengelegt werden. Die Funktionäre sind jedoch der Ansicht, daß der Ortskreis Klein-Dittersleben seinen Parteibeizir für sich behält. Zu Kürze soll sich eine Funktionsprüfung beider Orte mit den notwendigen Organisationsfragen beschäftigen. In die Gemeindeverwaltung treten drei Vertreter von Klein-Dittersleben über. Der Gemeindevorstand wird durch ein Mitglied des bisherigen Gemeindevorstandes von Klein-Dittersleben ergänzt. Die Schulfrage ist bis jetzt noch nicht gelöst. Durch die Weigerung der Lehrerschaft, an einer Schule im weltlichen Sinne zu unterrichten, ist die Errichtung einer besonderen Schule bis jetzt gescheitert. Die Regierung ist aber bereit, die Erteilung des religionsgeschichtlichen Unterrichts zu gestatten. Der religionsgeschichtliche Unterricht ist nicht zu verwechseln mit dem jetzt gegebenen lebenskundlichen Unterricht. Es ist bezweifelnd, daß sich auch einige Lehrer zur Erteilung des religionsgeschichtlichen Unterrichts bereit erklären, welche es bisher unbedingt ablehnten, in diesem modernen Sinne zu unterrichten. Die Parteifunktionäre sind aber der Auffassung, daß diese Lehrer unmöglich für die Erteilung des religionsgeschichtlichen Unterrichts in Frage kommen können. Die Eltern, die nicht an konfessionellen Religionsunterricht teilnehmenden Kinder werden sich diejenigen Lehrer verhalten müssen, welchen man keine Objektivität bei der Erteilung des religionsgeschichtlichen Unterrichts zutrauen kann. Im übrigen wird eine dauernde Kontrolle von der Schulleitung und von der Elternschaft stattfinden müssen. In der Einigungsfrage hülligen die Funktionäre der Partei einmütig die Haltung des bisherigen S.-P.-D.-Bezirksvorstandes.

Dobendorf. Eine öffentliche Versammlung findet am Mittwoch abend 8 Uhr bei Sichtenberg statt. Parteifreier Genosse Schumacher spricht über politische Denkwürdigkeiten unvser Lage. Wekerode. Die Gemeindeverwaltung legte die Zuschläge zur Grundsteuer auf 10 000 Prozent zur Gebäudesteuer auf 1500 Prozent zur Gewerbesteuer Klasse 1 und 2 auf 5000 Prozent zur Klasse 3 auf 2000 Prozent fest. Die Gewerbetreibenden der Klasse 4 blieben unerschütet.

Ursleben. Am Donnerstag findet von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr im 'Gemeindeklub' kostenlos Rat- und Auskunftsbereitungen und um 7 Uhr für die Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und für interessierte Gewerkschaftsmitglieder ein Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung durch den Genossen Feldmann, Neuhaldensleben, statt. Die Veranstaltung muß zahlreich besucht werden.

Neuhaldensleben. Die Stadtverordneten erhöhen die Zuschläge für Leichenbestattung klassenweise auf 360, 300 und 275 Mark. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie für die armen Leute die Begräbniskosten erschwänglicher gestaltet werden können. Zur Anschaffung von Zählern bei Lichtanlagen stellten die Stadtvv. Niemann und Pasemann fest, daß noch Zähler auf dem Elektrizitätswerk vorhanden sind, die von der Stadt geliefert werden müssen. Die hohen Gestehungskosten für Zähler können die wenigsten bezahlen. Es ist aber möglich, daß durch Erhöhung der Zählermiete die Stadt dabei auf ihre Rechnung kommt. Die Angelegenheit wurde dem Beleuchtungsaußschuß zur nochmaligen Beratung überwiesen; diejenige aber, die bereits einen Zähler beantragt haben, sollen ihn zu den alten Bedingungen erhalten, ohne Rücksicht auf den Beschluß, den der Ausschuß fällt. Dem Verzicht auf die selbsttätige Erhebung der Schankkonzessionssteuer durch die Stadtverwaltung wurde zugestimmt, da der Kreis diese erhebt. Die Venderzung einiger Paragraphen der Grundsteuerordnung wurde angenommen. Die Vebetbergungssteuer wurde um das Doppelte erhöht. Eine Beschwerde der Gewerbetreibenden und des Vereins für Handel und Industrie über zu hohe Steuern wird dem Magistrat überwiesen. Ueber die Nachbewilligung von 2 Millionen für die Seidenschabanten entspann sich eine lebhafte Aussprache. Stadtrat Preuß (Soz.) kritisierte das Verlangen der Mitteldeutschen Heimstätte, welche die Hoffnungen nicht erfüllt hat, die man auf sie gesetzt hat, so daß die Bauten schließlich erst zum 1. April nächsten Jahres fertig werden. Auch aus andern Gemeinden liegen solche Klagen vor. Die Materialbeschaffung muß beschleunigt werden. Stadtv. Thon (Soz.) bemerkte dazu, daß bei den Seidern schon der Gedanke entstanden sei, die Vaulerung sei nicht auf dem Posten; sie glauben besser zu fahren, wenn sie sich selbst Material beschaffen. Ähnliche Klagen wurden noch von den Stadtvv. Herrmann (Soz.) und Niemann vorgebracht. Stadtv. Duffein (Soz.) wandte sich besonders gegen die Verschleppung, da hierdurch die Wohnungsnot immer schlimmer wird. Stadtbaurat Floß schilderte die Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung und ver sprach, diese im nächsten Jahre zu beschleunigen. Der Betrag von 2,1 Millionen wurde bewilligt. Der deutschnationale Stadtv. Krause befragte die Beileitung der Wappeln an der Ohre und will dafür eine Obstkantlage auf dem Gänseanger errichtet wissen. Ihm wurde von den Stadtvv. Uffrecht und Wehuhn (Soz.) erwidert, daß Obst am Wasser sehr leicht ertrinkt und die Anpflanzung deshalb ungewinnlich sei. Die Wappeln können entfernt werden, dafür soll aber eine andre Fiedre geschaffen werden. Die Angelegenheit wurde dem Magistrat überwiesen.

Kleine Chronik.

Wie ein Justizmord entstehen kann. Vor der Strafkammer des Landgerichts 2 in Berlin war der Arbeiter M. angeklagt. Er war gelegentlich einer Razzia der Berliner Kriminalpolizei in einer Kaskemne am Schiffschen Bahnhof festgenommen worden. In seinem Besitz fand man eine wertvolle goldene Uhr und eine Briefstasche mit mehreren Tausendmarkstücken. Die Folge war Anklage wegen Diebstahls im Rückfall, da der Sachverhalt darauf hinarhe, daß der Angeklagte einer unbekannt gebliebenen Person Uhr und Briefstasche gestohlen hatte. In der Verhandlung erzählte der Angeklagte, daß er eines Tages nach Brigg gegangen sei, um dort Arbeit zu suchen. Beim Rückweg über das Tempelhofer Feld sei er von einem elegant gekleideten Herrn angesprochen worden, der ihn gefragt habe, ob er sich ein paar tausend Mark verdienen wolle. Er, der Angeklagte, habe zugestimmt, und nun habe ihm der unbekannt Elegante folgende Geschichte erzählt: Er habe sich im Feld ein unheilbares Leiden zugezogen und fürchte geisteskrank zu werden. Er sei deshalb des Lebens überdrüssig, habe aber nicht den Mut, sich selbst das Leben zu nehmen. Er bitte deshalb den Angeklagten, von hinten ihm mit einem großen Feldstein den Kopf zu zerhimmeln. Als Äquivalent hierfür sollte er seine gefüllte Briefstasche und die goldene Uhr erhalten. Der Angeklagte erzählte dann weiter, daß jener Unbekannte inbrünstig ein Gebet gesprochen und dann den tödlichen Schlag erwartet habe. Dem Angeklagten sei aber der Mut entfallen, er habe Briefstasche und Uhr, die der Unbekannte neben sich gelegt habe, ergriffen und sei damit davongelaufen. Diese phantastische Geschichte fand natürlich keinerlei Glauben. Zufällig öffnete einer der Richter der Strafkammer die Briefstasche und entdeckte in dem Futter eine Willenskarte, welche den Namen eines Fabrikbesizers Dr. R. in der Kamfstraße trug. Das Gericht beschloß, den

Volkshochschule. Die Vortragsreihe von Studententragungen 'Wandlungen durch Pompeji' (mit zahlreichen Bildnissen) ist bedeutend erweitert worden und beträgt jetzt 6 Doppelstunden. Die Vorträge beginnen am Donnerstag den 2. November, abends 7 Uhr, in der Aula der Kunstgewerkschule, wo auch die notwendige Nachzahlung von 12 Mark zu entrichten ist.

Einrichtung von Kochkursen. In der Zeit vom 1. November 1922 bis 1. April 1923 werden in der hiesigen Haushaltungsschule und Gewerkschule Dienstags und Freitags von 5 bis 9 Uhr Kochkurse eingerichtet. Das Schulgeld beträgt 600 Mark. Frauen und Mädchen können sich im Bureau der Schule zwischen 10 und 1 und 3 und 6 Uhr melden. Das gelochte Essen kann gegen Erstattung der Herstellungskosten an die Teilnehmerinnen abgegeben werden.

Die unterbrochene 'Wanderfahrt'. Auf dem Steilener Bahnhof in Berlin wurden am Montag der 18-jährige Wolfgang W. und sein Freund, der 17-jährige Adolf B., beide aus Magdeburg, von der Kriminalpolizei verhaftet. Man traf sie beide bei dem Versuch, eine Anzahl silberne Söffel und Bestecke zu verkaufen. Die beiden jungen Leute wollten in die Welt fahren, in Magdeburg gefiel es ihnen nicht mehr. Um ihren Wunsch ausführen zu können, stahl der Wolfgang W. seiner Mutter aus einer verschlossenen Truhe für etwa einhunderttausend Mark Silber- und Goldgegenstände. Beide Lehren dann mit der Beute ihrer Heimatstadt den Rücken.

Erhöhung der Pachtpreise für Acker- und Gartenland. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage überreicht, in der eine Erhöhung der Pachtpreise für städtisches Acker- und Gartenland vorgelesen ist. Die jetzigen Preise entsprechen in keiner Weise, so wird in der Vorlage ausgeführt, den realen Gewinnen aus dem Land und den Geldbedürfnissen der Stadt. Der Magistrat beabsichtigt daher, für die Berechnung des Pachtpreises, den sogenannten gleitenden Pachtpreiszug einzuführen, er soll also nach dem jeweiligen Marktpreis einer bestimmten Fruchtart und -menge errechnet werden. Auch eine zeitgemäße Erhöhung der Kleingartenpächte soll vorgenommen werden. Die Stadtverordneten werden in der nächsten Sitzung darüber zu beschließen haben.

Berlin schließt die Schwimmhallen. Die Ausichten für den kommenden Winter werden von Tag zu Tag trüber. So beschloß sich der Berliner Magistrat erneut mit Einschränkungen der städtischen Verwaltung. Es wurde beschlossen, die städtischen Schwimmhallen während der Wintermonate vom 1. November bis 1. Mai nicht zu heizen. Es ist nicht möglich, die großen Kohlenausgaben durch eine entsprechende Erhöhung der Benutzungsgebühren auszugleichen. Die Einschränkung während der Wintermonate bedeutet bei Einziehung auch der heutigen Kohlenpreise eine Ersparnis von 6 bis 7 Millionen Mark. Die große Not zwingt die Städte zu mancherlei Maßnahmen. Am meisten zu beklagen ist, daß auch Anstalten nicht im Vollbetrieb erhalten werden können, die der Körperpflege und der Volksbildung dienen sollen.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Proben im Frontjugendheim für die Morgenfeier am Sonntag und den Mittwochsabend am Sonntag abend Mittwoch 8 Uhr. Mädchen für einen Nachhospiz müssen kommen.

Theater, Konzerte, Vorträge z.

Städtische Theater. Stadttheater Mittwoch (7. Abend): Faust I. Teil. (Anfang 6 Uhr.) - Donnerstag (8. Abend): Siegfried. (Anfang 6 Uhr.) - Freitag (Auser Durch): Der Vetter aus Dingsda. - Samstag (1. Abend): Diebel. - Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die deutschen Kleinfäden; abends 7 1/2 Uhr (Auser Durch): Der Vetter aus Dingsda. - Wilhelm-Theater Mittwoch (Vorstellung veranlaßt von der Gesellschaft für Theater und Kunst, Sonderveranstaltung): Rühmlicher Sonntagabend. - Donnerstag (Vorstellung veranlaßt von der Gesellschaft für Theater und Kunst, Pflichtenstellung, Ringelblumennummer 342 bis 4100): Das Schiedsgericht; vierter: Die Komödie der Jungen. - Freitag (Vorstellung für die Volkshäuser): Maria Magdalena. (Beide Partien - Klausen Straßen.) - Samstag (Vorstellung veranlaßt von der Gesellschaft für Theater und Kunst, Schillerfeier): Die Weber. (Anfang 6 Uhr.) - Sonntag (offene Vorstellung): Das alte Heim.

Theaterkasse der Buchhandlung Volksstimme.

Wartkarten für die November-Vorstellungen der 'Volksstimme' sind jetzt abgehoben. Für jedes Mitglied 2 Karten à 30 Mark. Mittwoch, 25. Oktober. Johannis-Str. 74, 75 Uhr, 'Die Schöpfung' von Sappho. Konzert des 40-stimmigen Gesangsvereins. Wartkarten für Gewerkschaftler zu 40 Mk. (Part II.) und 30 Mk. (Part I.) Die Karte ist gut gepackt. Donnerstag, 26. Oktober. Sitaria-Schule, 8 Uhr, 'Kajitalkalier' am Abend der Volksbühne (Sach. Zeter, Beethoven). Programm 250 Mk. (Mittwoch, 11 Uhr). Freitag, 27. Oktober. Wilhelm-Theater, 7 1/2 Uhr, 'Maria Magdalena' von Heibel. Vorstellung der Volksbühne. Eintrittskarten zu 5 Mk. Front-Jugendheim, Berner-Str. 27, 7 1/2 Uhr, Arbeiter-Jugendbund. Sonntag, 29. Oktober, Berlin: Die Kulturansgaben der Jugendbewegung. Eintrittskarten 5 Mk.

Der Nachrichten.

Novelle von Selma Schöding. (2. Fortsetzung.)

Meister Bäumlle sah huring zu, und ehe es dämmerte, sah man die Dächer und Giebel von Hartheim, einer in einem Talgrund freundlich und friedlich dahingehenden kleinen Stadt vor sich. Bäumlle sah aber nicht in die Stadt hinein, sondern nach oben, er sah nämlich alle Tot mit seinen gelblichen Zähnen und schwarzen erodiertem Hant, leuchtete er nicht ab in einem goldgelben, der sich zwischen den Mauern der Gärten und Baumhöfe, welche den Ort umgaben, leuchtete an die Höhe zog. Wohl zehn Minuten mochte er so gefastet sein, als sich links ein hübsches, blondes, feines Haus, aus Dachschiefer angefertigt und mit großen Schieferplatten gedeckt, zeigte, aus welches ein hölzerner Balkon herauslief, dessen Geländer aus Weidenruten dicht überhangen war, und an dem mehrere große Krüge mit Äpfeln und Eingüßeln daran befestigt waren. Ein Mädchen und Regenkleider lagen daneben; der dem Hause beinahe sah ein kleiner Garten mit Sonnenblumen und Rosen, und Neben dem; sie mußte an der Holzterasse stehen, die auf den Keller führte. Die hübsche Erscheinung umgaben, eine hinter dem Hause anhängende Sägelwand bedeckend, das Geze, des was eine Stelle für ein kleidliches Treiben war.

wertvolle Geige; in gierlich geknüpften Banern über den Türen zwischerten gelbe Kanarienvögel, und das junge Mädchen brachte als es nach einer Weile eintrat, einen Blumenstrauß mit, den es in eine Glasvase auf die gepöweichte Kammode unter dem Spiegel stellte. Die Schwarzwalder Uhr leuchtete dazu so friedlich die Vögel, nachdem sie die Eintretenden beängelt hatten, begannen wieder so harmlos zu zwischern, die Dämmerung warf allgemach ihre hellen Schatten so leise in den Raum - es konnte in der Tat in der ganzen Welt nichts geben, was mehr ausjah wie ein Spiel des Friedens.

hingend und mit leiser Stimme, sie hatte offenbar die Verlegenheit noch nicht überwunden, in welche das Erscheinen des jungen Mannes sie versetzt. Bei Tisch erst erzählte der Scharfrichter den Seinen, wie er Brandlicht gefunden und von dem Schicksal des Gastes. Dieser nahm dann das Wort und erzählte ausführlicher sein Erlebnis, dann auch von seinen Eltern und von seinem Leben. Die Frau hörte still und ruhig zu, als wenn sie durch nichts in der Anglistische Geschichte des jungen Mannes überrascht werde. Anna Marie horchte offenbar mit großer Spannung und innerer Bewegung; Brandlicht sah, so oft er zu ihr hinüberblickte, daß ihre Augen groß auf ihm ruhten - sie schlug sie dann auch nicht nieder, obwohl sie leise errotete.

(Fortsetzung folgt)



**Cafés, Wein- und Likör-Stuben**  
**Fürsten-Kaffee** mit Sommer-Palmen-Terrasse  
 Große Diesdorfer Straße 12  
 Täglich nachmittags und abends:  
 Erstklassige Künstler-Konzerte

**Café Metropol**  
 Inhaber: Walter Exleben, Kl. Marktstr. 5

**Café Vaterland**, Kaiser-Wilhelm-Konditorei — Angenehmer Aufenthalt

**Café Hohenzollern**  
 Klavierschule — Weinrestaurant — Salon-Bar

**Café Kerkau**, Große Münzstraße Nr. 18 — Größter Billardsaal — Nachmittags und abends: Künstler-Konzert

**Viktoria-Festsäle**, Dreienbrezelstraße Nr. 14  
 Restaurant und Café

**Café Monopol**, Scharnhorstplatz  
 Familien-Café — Spezialität Eis — Fernsprecher 515

**Fritz Steuer**  
 Zirkus-Restaurant und Café

**Reuters Weinstuben**, Kaiser-Wilhelm-Platz 4 — Fernruf 4964

**Kantorowicz-Likörstube**  
 Sobieskestraße 4 — Fernruf 2124

**Schumanns Likör- und Weinstuben**  
 Ecke Johannisberg und Kriechenauerer  
 Restaurant und Café — Täglich: Künstler-Konzert

**Mampes Likörstube**, Kaiserstraße Nr. 95  
 Inhaber: Albert Schmidt

**Fledermans-Likörstube**, Lösselhofstraße Nr. 20  
 Täglich: Künstler-Konzert

**Spirituosen-Quelle**, Inhaber: H. Oeffler, Wilhelmstadt, Große Diesdorfer Straße 13/20 — Fernruf 3779

**Vogelgesang**, Musikalische Unterhaltung

**Bekleidung**

**E. Ackmann Nachf.**, Jakobstraße Nr. 44 — Hüte — Sport- und Vereinsmützen

**Huthaus Ulrichsbogen**, Breiteweg 159  
 Spezialgeschäft für Hüte und Mützen

**Schneider & Co.**, Breiteweg Nr. 7/8  
 Herren-Ausstattungen

**Max Matthes — Herren-Hüte**  
 Wilhelmstraße Nr. 9 — Breiteweg Nr. 20/21

**J. Schächter & A. Wiesner**  
 Neustädter Straße 11 — Fernruf 3088  
 Hosen, Joppen, Stoffe, Weiß- und Wollwaren für Wiederverkäufer und Privats sehr preiswert

**Reinhold Quatz**, Jakobstraße Nr. 49  
 Herren-Artikel

**B. Döschner**, Schönebecker Straße Nr. 108  
 Pol- u. Herrensachen, Anfertigung in eigen. Werkst. Fernspr. 7280

**M. PRESSLER**, Johannistadtstraße 6  
 liefert zu günstigen Preisen Plätt-, Manschetten-, feine, Zweite u. Strohhüte sowie Manschetten- u. feine Joppen.

Billigste Bezugsquelle für sämtliche Manufakturwaren, Stoffe, Wäsche, Schützen usw.

**Kaufhaus für Gelegenheitskäufe**  
 Jakobstraße 8 Inh.: Jol. Schützner Ecke Petersberg

**F. Rostholder** — Neuer Weg 13 — Weiß- und Wollwaren

**Margarete Herrmann**, Alt-Salbke 2  
 Pol-, Weiß- und Modewaren

**Grosche & Co.**, Kaiserstr. 9a  
 Wäschefabrikation — Maschinen, Strickerei

**S. Gutmann**, Alte Ulrichstr. 7, II  
 Wäschefabrikation und Holzwirtschaft

**Wäsche-Imhoff**, Himmelsreichstr. 21  
 Elegante Herren-Wäsche — Beste Damewäsche

**Sporthaus Adolf Salomé**  
 Breiteweg 167, gegenüber dem Schloss

**Rudolf Zimmermann**, Breiteweg Nr. 272  
 Herren-Artikel

**D. Lichtenstein**, Jakobstraße Nr. 34  
 Manufaktur, Kurz-, Weiß-, Wollwaren  
 Trikotagen

Reserviert für

**Schuhhaus Stolle**  
 Verkaufsstelle der

Burger Schuhwarenfabrik Stolle & Cie.  
 Geschäfte in Magdeburg:  
 Breiteweg 87, Tel. 4529 — Jakobstr. 46, Tel. 4589  
 Beckstr. Schönebecker Str. 29/30, Tel. 3154

Reserviert für

**A. REINHOLD**  
 PAPIER- UND LEDERWAREN  
 BREITENWEG 71/72

**Haushaltwaren**

**Otto Pfannschmidt von Hans Randel**  
 Leisterstraße 15 — Fernruf 4988  
 Zunder — Nähmaschinen — Bettwäsche — Eisenwaren

**Geschäftliche Rundschau**  
 und  
**Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Industrie**

Reserviert!

Lokomobilen — Dampfkessel  
 Ankauf — Verkauf  
**Valentin Müller**, Magdeburg-Neust., Banckstraße 8/9 — Telefon 4901

**M. Kampf, Maschinenfabrik**  
 Schnellbohrmaschinen, Kreissägen, Fräs- und Langlochbohrmaschinen  
 Fernsprecher 3788 Wielandstraße 32h

**Ernst Meichsner**, Banckstraße 1  
 — Drahtstiftfabrik — Fernruf 3391

**Willy Zander**, G. m. b. H., Elbbahnhof, Essenzfabrik, Fruchtstoffe, Brauerei- und Kellereimaschinen, Flaschen

**Sackkarrenfabrik**  
 Gebr. Becker & Co., Gr. Diesdorfer Straße 203, Fernruf 1700

**Adolf Mannes**  
 Magdeburg-Wilhelmstadt, Goethestraße 12  
 Fernruf 4016 und 6489  
 Alteisen, Nutzeisen, Metalle, Maschinen

**F. Ergang**  
 Sonderwerk für Brauerei- und Mälzerei-Anlagen

**Martin Joost**, Gr. Diesdorfer Straße 281  
 Fernruf 1034  
 Weißblechdosen m. Falzverschluß f. Würst, Fleisch u. Gemüse

**Max Wick**  
 Schützenstraße 14 — Hausschuh- und Pantoffelfabrik

**Schuhfabrik Freye & Co.**  
 Magdeburg-Neustadt, Arzelenstraße 10

**Rudolf Morgenstern**  
 Telephon 6307 u. 6308 Holzgrosshandlung Telephon 6307 u. 6308  
 Magdeburg  
 Kiefern — Fichten — Tannen — Schnittmaterial

**Brauerei Gebr. Niemann A.-G.**  
 Stassfurt  
 empfehlen ihre vorzüglichen hellen und dunklen Fass- und Flaschenbiere

Ohne Gewähr	G	Ohne Gewähr
<b>Abfahrt der Züge vom Hauptbahnhof Magdeburg nach</b>		
Braunschweig-Hannover (V): 1210 (D), 1220 (D), 540, 924, 1220 (D), 126, 312 (D), 324, 612 (D), 712		Köthen (II): 1205
Braunschweig-Hameln (V): 1223 (D), 312 (D)		Groß-Salze-Elmen (II): 540 (W), 630 (W), 1210 (W), 148 (W), 230 (S), 415 (W), 920
Braunschweig-Seesen (V): 205		Fördesriedt (II): 350 (W)
Braunschweig (V): 910 (Ex), 126, 1222 (D)		Güsten-Erfurt (II): 315, 740, 1200, 490
Elstleben (V): 440 (W), 1120		Güsten (II): 915, 230 (W), 620, 1020
Berlin (IV): 420, 540 (D), 650 (D), 700 (D), 825, 1035, 110 (D), 410 (D), 500, 530 (D), 822 (D), 920		Kreuzen-Frankfurt a. M. (II): 1200 (D)
Burg (IV): 522 (W), 225, 420 (W), 645, 1120		Blumenberg (III): 350 (W), 540 (W), 700, 300, 441, 641
Loburg (IV): 740, 100, 912		Thale (III): 630, 915, 1210, 380, 710
Zerbst-Leipzig (IV): 520, 700 (Ex), 940, 100, 300, 712		Halberstadt (III): 940, 140 (D), 1120
Gommern (IV): 420		Wittenberge (I): 520, 640 (D), 610, 1120
Halle-Leipzig (II): 445, 700 (D), 700, 1000, 1100 (D), 120, 420, 610 (D), 720, 920 (D)		Wolmirstedt (I): 520 (W), 630 (W), 110, 400 (W)
		Oebisfelde (I): 610, 940, 120, 440, 820
		Stendal (I): 924, 115, 397, 720 (D)
		Neuhaldensleben (I): 350 (W), 1210

**Möbel-Palast Gustav Jentsch**, Breiteweg 120

**Rudolf Brüning, Buckau** — Inh.: W. Liebelt —  
 Lederwaren, Reisekoffer und -taschen, Hand-, Geld- und Brieftaschen

**Alte Neustädter Zigarren-Zentrale Gebr. Semff** Agnetenstraße 18  
 Kronprinzenstrasse 4 **Julius Wolff** Kronprinzenstrasse 4  
 Gardinen — Teppiche — Möbelstoffe

**Wirtschafts-Bazar Sudenburg**  
 Halberstädter Straße 117 Inhaber: Walter Koch Halberstädter Straße 217  
 Porzellan — Glas — Emaille — Steingut — Geschenk-Artikel

**Albert Habich, Buckau** Schönebeck, Str. 107  
 Glas — Porzellan — Haus- und Küchengeräte

**Schuhhaus A. Himmelstern**  
 Tel. 7324 Schönebecker Straße 94b Tel. 7324

**Allgemeines**

**Mehlbude** Halberstädter Straße Nr. 7  
 Spezialität: Ia. Mehle, schärfliche Futter- mittel für Groß- und Kleinvieh zucht

**LINDAU & WINTERFELD**  
 Lindwint-Zigarren und Raucherbake

**SPIELWARENHAUS TIETZ**  
 Nr. 124 Breiteweg Nr. 124

**Otto Bartenwerfer** Alter Markt Nr. 27  
 — Musikinstrumente —

**Eleg. Lederwaren u. Reise-Artikel**  
 L. V. H. Meinel, Kaiser-Wilhelm-Straße 14  
 Eigene Fabrikation

Reserviert für

**A. REINHOLD**  
 PAPIER- UND LEDERWAREN  
 BREITENWEG 71/72

**Hugo Nehab — Linoleum**  
 Johannisbergstraße Nr. 2

**Allgemeines**

**Musik-Zentrale** Viktoriastraße 1,  
 Ecke Prälatenstraße  
 Fachhaus für alle Musikinstrumente

**Carl Großpättsch** Kaiserstraße Nr. 4  
 Fernsprecher 4920  
 Technisches Installations-Geschäft, Elektrische Licht-, Kraft-, Klingel- und Telefonanlagen, Wasser- und Warmwasser-Anlagen — Elektr. Hauswasserversorgung

**Max Richter** Installation für Gas-, Wasser- und elektrische Anlagen  
 Lessingstraße 20 — Tel. 5847

Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt —  
 Annahmestellen in allen Stadtteilen

**Albert Karutz**  
 Abholung und Zustellung kostenlos. Fernruf 370 und 1861

**Bernhard Ethe** Dachdeckermeister  
 Lübecker Straße Nr. 44 — Fernsprecher 4701

**W. Jordan** Harsdorfer Str. 3 — Fernruf 5959  
 Tischlerei

**„CONSTANTIN“** Zuckerwarenfabrik  
 Mittagstraße 31 b  
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

**GUSTAV NEUM**  
 Tapeten, Hansa-Linoleum  
 Kaiserstr. 55a Fernruf 4078

**GBR. SCHRÖDER**  
 TAPETEN BREITENWEG 65 LINOLEUM

**Kurt Händel**, Fürstenstrasse 19  
 Lacke, Farben, technische Oele und Fette

**Farben — Lacke**  
 Otto Schmatzhausen, Große Diesdorfer Straße 25

**CARL BÖDECKER** Breiteweg 227  
 Fernruf 6188  
 Außerst preiswert: Farben, Lacke, Tapeten

Spezialgeschäft für Seife und Parfümerien  
**Rich. Imroth**, Tischlerbrücke 22

**Schwarz & Rusch**  
 Leisterstraße 9, Fernruf 33 — Abzeichen, Stempel, Schilder

**Ernst Beulecke** Knochenhauerer 20  
 gegr. 1884  
 Fahrradhandlung — eigene Reparatur-Werkstatt

**Photohaus Wienrich**, Viktoriastraße 1

**Max Oppermann** Neuhaldensleben Straße  
 Faßfabrik und Faßgrosshandlung

**Bist du krank? geh zu Cassel**  
 homöopathische Praxis  
 Breiteweg 209 — Haltestelle Hauptpost

**Spezial-Möbeltransport W. Müller**  
 Inf.: Otto Müller, Stettiner Str. 12a — Fernruf 4777

**Heinrichshofen**, Breiteweg 171/72  
 Musikalien aller Art — Sprechapparate — Platten

**Pianohaus L. Pöhlmann** Johannistadtstr. 9, Tel. 4435

**Paul Schumann & Sohn, Pianohaus**  
 Breiteweg 180, I. und II. Etage

**Wilhelm Ulrich** Magdeburg-Sudenburg  
 Halberstädter Str. 48  
 Billigste Bezugsquelle für Tabak und Zigarren

**Lederhandlung Carl Julius Braun**  
 Buckau, Schönebecker Straße 48

**Reinhold Protze**, Johannisberg 1  
 Billigste Bezugsquelle — Kolonialwaren — Lebensmittel

**Gaudig & Bullmann**  
 Lübecker Straße 16 Lübecker Straße 16  
 Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

**Wolf Seelenfreund** Porzellan, Glas und Wirtschaftsartikel  
 Breiteweg 66

**ADAM REI**, Magdeburg-Neustadt  
 — Buckau —  
 Papier — Haus- und Küchengeräte

**Otto Müller** — Katharinestraße 13 —  
 Lampen und Emaillewaren

**Magdeburg-Südost**

**Carl Böhme — Likör-Stube**  
 Magdeburg-Südost — Alt-Salbke 20/27

**Kaufhaus Dietsch Nachfl.** Inhaber: J. Walkowsky  
 Alt-Westerhütten 168 Manufaktur, Weiß-, Wollw. u. D.-Putz

**Hillmer & Wullstein** Alt-Salbke 43 — Fernsprecher Amt Südost 41  
 en gros Landesprodukten- und Kohlenhandlung en détail

**Fahrradhaus Südost Ernst Paul**  
 Hilgersstraße Nr. 5 — Reparatur-Werkstatt und Ersatzteile

**Lederhdl. u. Schuhhaus Otto Heinze**  
 Alt-Salbke 32 Lederauschnitt, Gammisack, Schuhw. u. Art.

**ALBERT KNIEP** Magdeburg-Südost  
 Blumenstraße Nr. 20  
 — Rohprodukten-Händler —

**Magdeburg-Cracau**

**Elbgarten Cracau** — Am Wasserfall —  
 Inh. Albert Kaufmann & Sohn  
 Jeden Sonntag Tanz, schattiger Garten, Veranden, Kegelhahn

**Gommern**

**Rinne & Co.** Breite Straße 12, Breite Straße 48,  
 Salbstraße 77  
 Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren

**Karl Dobberfuhr**, Breite Strasse 61  
 Uhren — Goldwaren — Musikinstrumente

**Gustav Schnetter**, Breite Strasse 13  
 Eisenwaren, Fahrrad- u. Masch.-Handl., Reparaturwerkstatt